

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Wimmer, Christian Oxonitsch,  
Genossinnen und Genossen

betreffend **Schluss mit den Mogelpackungen in der elementaren Kinderbildung**

Eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 3478/A der Abgeordneten Tanja Graf, Mag. Meri Disoski, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutzgesetz 1979, das Väter-Karenzgesetz, das Urlaubsgesetz, das Angestelltengesetz, das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Gleichbehandlungsgesetz, das Landarbeitsgesetz 2021, das Kinderbetreuungsgeldgesetz sowie das Familienzeitbonusgesetz geändert werden (2181 d.B.).

Mit der Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie der EU verkürzt die Bundesregierung den Karenzzeitanspruch von Müttern von 24 auf 22 Monate. Gleichzeitig fehlen allerdings die erforderlichen Kinderbildungseinrichtungen, die es Frauen nach der Karenzzeit auch ermöglichen einer entsprechenden Berufstätigkeit nachzugehen.

Bildung ist ein Kinder- und Menschenrecht. Von Beginn des Lebens an bis ins hohe Alter. Die Elementarbildung für Kinder mit einem Rechtsanspruch ab dem 1. Lebensjahr, könnte diesen Anspruch wunderbar verwirklichen, doch fehlen in Österreich an allen Ecken und Enden Ausstattung und Ressourcen, um dieser Aufgabe optimal nachkommen zu können. Österreich gibt im Kindergartenbereich immer noch weniger aus als die anderen OECD-Staaten.

Politische Ankündigungen und Lippenbekenntnisse haben bislang dran nichts geändert. Wir könnten schon so viel weiter sein, würde die ÖVP Pläne zum Ausbau der Kinderbetreuung nicht seit vielen Jahren torpedieren. Schon im Jahr 2016 verhinderten Sebastian Kurz und seine Getreuen die bereits vereinbarten 1,2 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen, inclusive Rechtsanspruch. Seither verkaufen ÖVP geführte Bundesregierungen eine Kinderbildungsmogelpackung nach der anderen. Auch von den zuletzt angekündigten 4,5 Milliarden Euro ist noch nicht bekannt, wann und in welcher Form sie bei den Betroffenen ankommen werden.

Was seit Jahren in diesem Bereich politisch verabsäumt wurde, muss endlich aufgeholt werden. Die bildungsbiografische Bedeutung der Elementarbildung, inklusive des volkswirtschaftlichen Effekts dieser frühen Investition in Bildungskarrieren ist durch viele internationale Studien wissenschaftlich belegt. Elementare Bildung braucht endlich die Aufmerksamkeit und Zuwendung, die sie verdient. Es geht um die beste Bildung für alle Kinder, überall, jederzeit und kostenlos.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

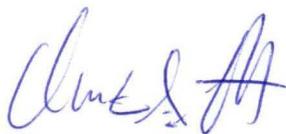
### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die zuständigen Bundesminister:innen für Frauen, Familie, Integration und Medien im Bundeskanzleramt, für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie für Finanzen werden aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen, kostenfreien, Kinderbildungs- und –betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr für jedes Kind sowie eine massive und dauerhafte Erhöhung der Budgetmittel des Bundes auf 1 Milliarde Euro jährlich mehr (bzw. 1 Prozent des BIP) für die Elementare Bildung unserer Kinder umzusetzen und dafür auch im Zuge der laufenden Finanzausgleichsverhandlungen zu sorgen. Diese Mittel sollen eingesetzt werden um folgendes zu erreichen:

- Inklusiv Strukturen;
- Beste Betreuung durch multiprofessionelle Teams;
- Ein gesundes, warmes kostenfreies Mittagessen;
- Alle Kindergärten sollen ganzjährig und ganztägig geöffnet sein;
- Österreichweiter Bildungsrahmenplan;
- Optimale Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und höhere Entlohnung;
- Österreichweite Ausbildungsinitiative;
- Öffnung für differenzierte Berufsbilder in der Elementarpädagogik.“

  
(WIMMER)

  
OXENBERGER

  
(JANITSCH)

  
(KÖHNER)

  
HOLGER FINKLER

